Niederschrift

über die 20. Sitzung des Kreisausschusses am 05.12.2023

Anwesend:

Der Vorsitzende:

Pusch, Stephan, Landrat

Thelen, Josef
van den Dolder, Jörg

Kreisausschussmitglieder:

Derichs, Ralf
Eßer, Herbert
Grübener, Sabrina, Dr. (als Vertretung für
Schwinkendorf, Jutta)
Jansen, Franz-Michael
Kehren, Hanno, Dr.
Lenzen, Stefan
Reh, Andrea
Schlößer, Harald
Schmitz, Ferdinand, Dr.
Schreinemacher, Walter Leo
Schulze, Dirk
Spennath, Jürgen
Stelten, Anna

Von der Verwaltung:

Goertz, Daniel
Lind, Reinhold
Maurer, Sonja, Dr.
Montforts, Anja
Nobis, Stefan
Schneider, Philipp, Allgemeiner Vertreter
Stassen, Frank

Gäste:

Schirowski, Ulrich (bis TOP 3)

Abwesend:

Kreisausschussmitglieder:

Schwinkendorf, Jutta

Anfang: 18:00 Uhr

Ende: 19:02 Uhr

Der Kreisausschuss versammelt sich heute im Kleinen Sitzungssaal, um über die nachfolgende Tagesordnung zu beraten.

Vor Eintritt in die Beratung teilt Landrat Pusch wie folgt mit:

„In der gestrigen Sitzung des Schulausschusses wurde kurzfristig anhand einer Tischvorlage der TOP „Erweiterung der bestehenden CNC-Werkstatt am Berufskolleg Erkelenz sowie Anschaffung einer 5-Achs-CNC-Simultanfräsmaschine“ beraten, dessen Beschlussfassung der Zuständigkeit des Kreisausschusses und des Kreistages unterliegt. Die Erläuterungen liegen Ihnen als Tischvorlage 1 vor. Ich schlage vor, die Angelegenheit hinter dem TOP „Erweiterung des Berufskollegs Erkelenz“ als TOP 8 einzufügen. Die weiteren Tagesordnungspunkte würden sich entsprechend verschieben.“

Die Kreisausschussmitglieder erklären sich hiermit einverstanden.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Gelegenheit zur Anhörung der kreisangehörigen Gemeinden im Benehmensverfahren
2. Beratung der Haushaltssatzung 2024
3. Prüfauftrag zur Realisierung eines Azubi-Wohnheims
4. Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Kreis Heinsberg
5. Gebührensatzung des Kreises Heinsberg für die Abfallentsorgung - 14. Änderungssatzung (2024)
6. Neufassung der Gebührensatzung für den Rettungsdienst des Kreises Heinsberg
7. Erweiterung des Berufskollegs Erkelenz
8. Erweiterung der bestehenden CNC-Werkstatt am Berufskolleg Erkelenz sowie Anschaffung einer 5-Achs-CNC-Simultanfräsmaschine
9. Kommunale Pflegebedarfsplanung des Kreises Heinsberg 2023 - Örtliche Planung gem. § 7 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)
10. Ausbau der Kindertagesbetreuung – Erweiterung der Kindertagesstätte „St. Georg“ in Wassenberg durch Aus-/Umbau des Jugendheimes
Beschlussfassung Zweigruppiger Erweiterungsumbau und Übernahme des Trägeranteils der Betriebskosten für zwei Gruppen
11. Innovationsprojekt der Volkshochschule des Kreises Heinsberg "Grundbildung im Sozialraum"
12. Bericht der Verwaltung

13. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung:

14. Finanzierung der Kreiswasserwerk Heinsberg GmbH (KWW)
hier: Einzahlung in eine Kapitalrücklage
15. EWV Energie- und Wasserversorgung GmbH (EWV)
hier: NERA Netz - Umsetzung der Netzkoooperation zwischen enwor - energie und wasser vor ort GmbH und der Regionetz GmbH
16. EWV Energie- und Wasserversorgung GmbH (EWV)
hier: NERA Kooperation der Energieversorger mit Sitz in der Städteregion Aachen
17. Erwerb von landwirtschaftlichem Grundbesitz in der Gemarkung Karken für naturschutzfachliche Zwecke
18. Bericht der Verwaltung
19. Anfragen

Sodann stellt Landrat Pusch die vorliegende Tagesordnung, die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 1:

Gelegenheit zur Anhörung der kreisangehörigen Gemeinden im Benehmensverfahren

Beratungsfolge:	
30.11.2023	Finanzausschuss
05.12.2023	Kreisausschuss

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich):	ja			
Teilplan:	-			
Umlageart:	-			
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
<i>Erträge</i>				
<i>Aufwendungen</i>				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026
<i>Einzahlungen</i>				
<i>Auszahlungen</i>				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	10.
--------------------------	-----

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Am 06.10.2023 wurde gemäß [§ 55 der Kreisordnung NRW \(KrO NRW\)](#) das Benehmensverfahren zur Festsetzung der Kreisumlage mit den kreisangehörigen Gemeinden eingeleitet.

Nach § 55 Abs. 2 Satz 2 KrO NRW ist den Gemeinden vor Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen in öffentlicher Sitzung Gelegenheit zur Anhörung zu geben.

Über Einwendungen der Gemeinden beschließt der Kreistag in öffentlicher Sitzung (§ 55 Abs. 2 Satz 3 KrO NRW).

Landrat Pusch berichtet in der Sitzung des Kreisausschusses, dass keine Einwendungen der kreisangehörigen Kommunen erfolgt seien, daher sei eine Abstimmung entbehrlich. Wie bereits bekannt, hätten die Bürgermeister das Benehmen am 14.11.2023 hergestellt.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 2:

Beratung der Haushaltssatzung 2024

Beratungsfolge:	
30.11.2023	Finanzausschuss
05.12.2023	Kreisausschuss
19.12.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich):		ja			
Teilplan:	-				
Umlageart:	-				
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026	
<i>Erträge</i>					
<i>Aufwendungen</i>					
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026	
<i>Einzahlungen</i>					
<i>Auszahlungen</i>					
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	10.
--------------------------	-----

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Der Entwurf der Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2024 wurde am 21.11.2023 dem Kreistag zugeleitet.

Zur weiteren Information wird auf die Erläuterungen zu der Sitzung am 21.11.2023 und die dabei zur Verfügung gestellten Unterlagen aus dem Benehmensverfahren gemäß [§ 55 KrO NRW](#) verwiesen.

Eine Empfehlung für die Beschlussfassung im Kreisausschuss und Kreistag ist in der Sitzung des Finanzausschusses nicht erfolgt. Vielmehr wurden die Vertreter/innen der Fraktionen durch den Ausschussvorsitzenden nach ihrem Meinungsbild gefragt.

Die Vertreter/innen der CDU und der FDP signalisieren Zustimmung zum Haushalt 2024. Weiteren Beratungsbedarf haben die Finanzausschussmitglieder der GRÜNEN und der SPD gesehen.

In der Sitzung des Kreisausschusses erklären die Fraktionen von CDU und FDP erneut ihre Zustimmung zum Haushalt.

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 3:

Prüfauftrag zur Realisierung eines Azubi-Wohnheims

Beratungsfolge:	
05.12.2023	Kreisausschuss

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich):		nein			
Teilplan:					
Umlageart:					
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026	
Erträge					
Aufwendungen					
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €	
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026	
Einzahlungen					
Auszahlungen					
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €	

Leitbildrelevanz:	03., 05., 08.
--------------------------	---------------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

In der Sitzung des Kreisausschusses am 24. Januar 2023 wurde die Kreisverwaltung beauftragt, in Abstimmung mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises, den Berufsschulen und weiteren handelnden Akteuren zu prüfen, woran die Einstellung von Auszubildenden bei Arbeitgebern im Kreis Heinsberg scheitert. Hierbei sollte auch die Wohnsituation, dabei insbesondere der Bedarf eines Azubi-Wohnheims im Kreis Heinsberg sowie eventuelle Fördermöglichkeiten, in den Blick genommen werden.

Herr Schirowski, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg, stellt die Ergebnisse in der Sitzung anhand einer PowerPoint-Präsentation vor und steht im Anschluss für Rückfragen zur Verfügung. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Landrat Pusch und die Fraktionen bedanken sich bei Herrn Schirowski für die Präsentation sowie den weiteren beteiligten Bediensteten der WFG für die Ausarbeitung der Ergebnisse.

Fraktionsübergreifend wird ein möglicher „Tag der Ausbildung“ im Kreis Heinsberg im kommenden Jahr als sinnvoll und zielführend betrachtet.

Landrat Pusch schlägt nach kurzer Diskussion im Kreisausschuss vor, die Ergebnisse aus dem Vortrag zunächst zur Kenntnis zu nehmen und im Frühjahr 2024 unter Einbeziehung verschiedener Akteure weiter zu beraten, durch welche Maßnahmen die Einstellung von Auszubildenden

den im Kreis Heinsberg verbessert werden kann. Die Kreisausschussmitglieder sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 4:

Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Kreis Heinsberg

Beratungsfolge:	
14.11.2023	Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel
05.12.2023	Kreisausschuss
19.12.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich): ja*				
Teilplan: 1203 - ÖPNV				
Umlageart: Allgemeine Kreisumlage				
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
Erträge		818.000 €	1.352.000 €	1.669.000 €
Aufwendungen		- 1.532.000 €	-2.532.000 €	-3.127.000 €
Saldo	0 €	- 714.000 €	-1.180.000 €	-1.458.000 €
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026
Einzahlungen				
Auszahlungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	7.
--------------------------	----

Inklusionsrelevanz:	ja
----------------------------	----

*voraussichtlich höhere Kosten aufgrund Leistungsausweitung im ÖPNV

Der Kreis Heinsberg ist Aufgabenträger gemäß [§ 3 Abs. 1 ÖPNVG NRW](#). Ihm obliegen daher die Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV im Kreisgebiet. Im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 wird der Kreis auch als "zuständige Behörde" bezeichnet und ist verpflichtet, einen Nahverkehrsplan (NVP) aufzustellen und bei Bedarf fortzuschreiben.

Die im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans eingerichtete interfraktionelle Arbeitsgruppe hat sich im Rahmen von mehreren Sitzungen u. a. mit den Themenfeldern „**Zukunftsstrategien der West**“ (Schnellbuslinienkonzept, Ausweitung MultiBus-Angebot, Einführung virtueller Haltestellen, Stadtbuslinien), **Barrierefreiheit** und **Clean Vehicle Directive** beschäftigt.

Der GF Herr Winkens, WestVerkehr, hat die Zukunftsstrategie des kreiseigenen Verkehrsunternehmens in seinen unterschiedlichen Facetten dem Ausschuss in der Vergangenheit vorgestellt. Zwischenzeitlich wurde bundesweit das Deutschlandticket im ÖPNV zum Mai dieses Jahres für die Jahre 2023-2025 eingeführt. Die Finanzierung dieses Angebotes ist bis dato für die zuständigen Behörden nur im Einführungsjahr risikolos, da entsprechende Finanzierungszusagen von Bund und Ländern vorliegen. Ab dem Jahr 2024 jedoch würde der Kreis Heinsberg

ungedeckte Kosten im Verhältnis Deutschlandticket zum AVV-Tarif in unbekannter Höhe anteilig selbst tragen müssen. Hierzu sind die politischen Diskussionen noch in vollem Gange.

Auf Grund dieser Entwicklung sollen die Leistungsausweitungen im ÖPNV, die auch in der Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises Heinsberg als ÖPNV-Angebotsoffensive beinhaltet sind, in mehreren Stufen unter Einbindung diverser Fördermittel umgesetzt werden. Die Erweiterungen werden in der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes als „Maßnahmenpaket zum Deutschlandticket“ bezeichnet.

Das Stufenkonzept ist unter den Aspekten Nachhaltigkeit, Mobilitätswende, Klimawandel und Finanzierbarkeit entwickelt worden. Die 1. Stufe des „Maßnahmenpaket zum Deutschlandticket“ beinhaltet unterschiedliche verkehrliche Maßnahmen:

- Einführung bzw. Ausweitung der Stadtbuslinien in allen Städten des Kreises
- Ausweitung MultiBus an den Wochentagen wie im Modellversuch Stadt Geilenkirchen
- Ergänzung der Schnellbuslinien auf starken Achsen
- Konzeptionelle Anpassung Regionalbuslinien im Gegenzug zu den SB-Linien

Die 1. Stufe soll nach Möglichkeit so früh als möglich umgesetzt werden, derzeit geplant für den Fahrplanwechsel im Sommer 2024 als Teilfortschreibung des NVP. Jedoch gibt es einige Prämissen, die hier zu berücksichtigen sind.

Der MultiBus soll zukünftig kreisweit eine weitreichendere Rolle bei der Daseinsvorsorge im kommunalen ÖPNV übernehmen. Geplant ist derzeit diese Ausweitung mit batterieelektrisch betriebenen Fahrzeugen umzusetzen. Hierzu hat die WestVerkehr einen entsprechenden Förderantrag gestellt, der bis dato noch nicht beschieden ist. Auf Grund der hohen Investitionskosten kann dies zu einer Verzögerung der Umsetzung führen.

Dasselbe gilt für die Förderung weiterer Schnellbuslinien. Diese wurden von der Verwaltung im Frühjahr dieses Jahres beantragt; seitens von go.Rheinland, der Infos hierzu vom Land NRW erwartet, steht eine Förderbearbeitung weiterhin aus. Somit würde sich auch die Umsetzung dieser Maßnahmen möglicherweise verzögern.

Herr Winkens wird in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel die geplanten Maßnahmen für den Juni 2024 im Detail mit den vorgenannten Prämissen vorstellen.

Jegliche Maßnahmen im Rahmen des Öffentlichen Personennahverkehrs haben eine positive Klimarelevanz, da diese geeignet sind, die Nachfrage zu steigern und somit nachhaltig zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes beitragen.

Beschlussvorschlag:

Die Umsetzung der 1. Stufe der geplanten Vorgehensweise des „Maßnahmenpakets zum Deutschlandticket“ der WestVerkehr unter den genannten Prämissen zum Fahrplanwechsel Juni 2024 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 5:

Gebührensatzung des Kreises Heinsberg für die Abfallentsorgung - 14. Änderungssatzung (2024)

Beratungsfolge:	
14.11.2023	Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel
05.12.2023	Kreisausschuss
19.12.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich):				
Teilplan: 1102 – Bereitstellung abfallwirtschaftlicher Einrichtungen				
Umlageart: Allgemeine Kreisumlage				
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
Erträge	9.889.500 €	9.889.500 €	9.889.500 €	9.889.500 €
Aufwendungen	0 €	0 €	0 €	0 €
Saldo	9.889.500 €	9.889.500 €	9.889.500 €	9.889.500 €
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026
Einzahlungen				
Auszahlungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	1
--------------------------	---

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Für die kostenrechnende Einrichtung „Abfallentsorgung“ gelten derzeit noch die Gebühren der Satzung vom 20.04.2005 in der Fassung der 13. Änderungssatzung vom 21.12.2022. Diese Gebühren betragen derzeit z. B. für Hausmüll und Sperrmüll, die über die kommunale Sammlung angeliefert werden, 159,00 €/t bzw. 164,00 €/t („Gewichtsgebühr“).

Für die Anlieferung von Kleinmengen aus privaten Haushalten bis 2 m³ („Kleinanlieferer“) werden derzeit Gebühren zwischen 3,00 € und 72,00 € je nach Art und Menge der angelieferten Abfälle erhoben. Daneben wird eine Grundgebühr gegenüber den kreisangehörigen Kommunen zur Abdeckung der fixen, mengenunabhängigen Vorhaltekosten von derzeit jährlich 7,65 € pro Einwohner und eine Gebühr zur Finanzierung der Entsorgung schadstoffhaltiger Abfälle aus privaten Haushalten und Schulen von derzeit jährlich 1,20 € pro Einwohner erhoben.

Der Finanzbedarf für das Haushaltsjahr 2024 wird wie in den vergangenen Jahren von den Kosten für Transport und Entsorgung der Abfälle sowie den Kosten der Betriebsführung der beiden Standorte in Gangelt-Hahnbusch und Wassenberg-Rothenbach maßgeblich beeinflusst. Diese Kosten stehen in Abhängigkeit von aktuellen vertraglichen Konditionen sowie der Entwicklung der Preisindizes für Lohn, Geräte, Energie, Betriebsgebäude, Investitionsgüter und Verbraucherpreise. Vor diesem Hintergrund ist folgendes Ergebnis festzustellen:

Die von den kreisangehörigen Kommunen zu entrichtende Grundgebühr richtet sich nach deren Einwohnerzahlen und deckt die dem Kreis Heinsberg entstehenden Fixkosten, insbesondere die Kosten für den Betrieb der Anlagen sowie Personalkosten, ab. Sie ist grundsätzlich den allgemeinen Kostensteigerungen anzupassen. Eine Erhöhung der Grundgebühr von jährlich 7,65 € auf **8,00 € je Einwohner** ist hiernach erforderlich.

Die Gebühren für Transport und Entsorgung der Sonderabfälle konnten in den letzten Jahren stabil gehalten werden. Erst durch die Neuvergabe der Leistung zum 01.01.2023 war eine Erhöhung der ebenfalls von den kreisangehörigen Kommunen zu entrichtende Sonderabfallgebühr auf derzeit jährlich **1,20 € je Einwohner** notwendig. Zum 01.01.2024 ist hier keine Anpassung erforderlich.

Die Gewichtsgebühr beinhaltet alle ansonsten nicht abgedeckten Kosten (z. B. Kosten für Transport und Entsorgung der Abfälle) und wird nach den erwarteten Anlieferungsmengen kalkuliert. Um einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen, ist diese Gebühr für die Zeit ab dem 01.01.2024 auf **170,00 €/t für Restmüll** bzw. **175,00 €/t für Sperrmüll** anzuheben.

Grund hierfür ist im Wesentlichen die von den Vertragspartnern des Kreises Heinsberg zulässigerweise beantragte Anpassung der Entgelte für die Entsorgung der Abfälle wegen der zum 01.01.2024 in Kraft tretenden Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) und der hiermit verbundenen Einbeziehung der Abfallverbrennung in den Zertifikatehandel durch Erhebung einer CO₂-Steuer. Die Müllverbrennungsanlagen haben bestätigt, dass sie diese Mehrkosten an ihre jeweiligen Vertragspartner weiterreichen werden.

Die Mehrkosten belaufen sich z. B. bei der Entsorgung gemischter Siedlungsabfälle voraussichtlich auf ca. 16,00 €/t (netto) und bei Sperrmüll auf ca. 19,00 €/t (netto). Diese Mehrkosten sind entsprechend bei der Haushaltsplanung für das Jahr 2024 (sowie für die Folgejahre) zu berücksichtigen. Voraussichtlich werden diese Kosten ab dem Jahre 2025 nochmals steigen.

Im Gegenzug konnte der Kreis Heinsberg bei den Vertragspartnern jedoch auch leichte Preissenkungen für Übernahme und Transport der Abfälle u. a. aufgrund gesunkener Energiekosten erreichen.

Die pauschalen Gebühren für die Anlieferung von kleinen Abfallmengen (Kleinanliefergebühren) sind als Zuschuss kalkuliert und beinhalten dadurch einen Anreiz zur Vermeidung illegaler Abfallablagerungen. Nach der zuletzt zum 01.04.2022 erfolgten Erhöhung dieser Gebührensätze wird auf eine weitere Anpassung verzichtet.

Der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel sind als Anlagen der Entwurf der 14. Änderungssatzung zur Gebührensatzung, die Gebührensatzung in Leseform sowie eine Synopse, die die aktuellen Änderungen aufzeigt, beigelegt.

Die Änderungen der Satzungsbestimmungen werden im Einzelnen wie folgt begründet:

zu § 4 Abs. 1 und 4:

Anpassung der Gebühren

Beschlussvorschlag:

Der Satzung über die 14. Änderung der Gebührensatzung des Kreises Heinsberg für die Ab-

fallentsorgung im Kreis Heinsberg vom 20.04.2005 gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 der Kreisordnung NRW wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 6:

Neufassung der Gebührensatzung für den Rettungsdienst des Kreises Heinsberg

Beratungsfolge:	
05.12.2023	Kreisausschuss
19.12.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich): nein				
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
<i>Erträge</i>				
<i>Aufwendungen</i>				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026
<i>Einzahlungen</i>				
<i>Auszahlungen</i>				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	1.
--------------------------	----

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Der Kreis Heinsberg ist gemäß [§ 6](#) des Gesetzes über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer – Rettungsgesetz NRW (RettG NRW) Träger des Rettungsdienstes und verpflichtet, die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung einschließlich der notärztlichen Versorgung im Rettungsdienst und des Krankentransportes sicherzustellen.

Zur Festschreibung des Umfangs der bedarfsgerechten und flächendeckenden Versorgung stellen die Rettungsdienststräger Bedarfspläne auf. Der aktuelle Rettungsdienstbedarfsplan für den Kreis Heinsberg 2020 wurde vom Kreistag in der Sitzung vom 08.09.2020 beschlossen. Zur Erweiterung der notärztlichen Versorgung mit dem Telenotarzt (TNA) sowie der Errichtung einer neuen Verwaltung für die RD HS gGmbH im Rahmen einer zentralen KTW-Poolwache in Hückelhoven wurde der Rettungsdienstbedarfsplan 2020 vorzeitig fortgeschrieben. Diese Teilfortschreibung hat der Kreistag in seiner Sitzung am 14.09.2021 beschlossen. Ebenfalls wurde eine Bedarfsplanungsprüfung für die Vorhaltung des Krankentransportes vorgenommen. Die Teilfortschreibung bezüglich der Erhöhung der Wochenstunden der Krankentransporte hat der Kreistag in seiner Sitzung am 20.12.2022 beschlossen.

Die Kosten des Rettungsdienstes haben die Rettungsdienststräger gemäß [§ 14 RettG NRW](#) zu tragen, wobei diese durch Benutzungsgebühren gedeckt werden. Die Festsetzung der Gebühren in der Gebührensatzung erfolgt auf Grundlage des jeweils geltenden Bedarfsplanes. Die Planungen basieren auf dem Rettungsdienstbedarfsplan 2020 inkl. der Teilfortschreibungen 2021 und 2022, wobei der Neubau der zentralen KTW-Wache einschließlich Verwaltung für das Jahr 2022 unberücksichtigt blieb.

Grundlage der derzeitigen Gebührenerhebung im Rettungsdienst des Kreises Heinsberg ist die vom Kreistag in seiner Sitzung vom 21.12.2021 beschlossene und seit dem 01.01.2022 gültige Gebührensatzung. Gemäß Kreistagsbeschluss soll die Gebühr jährlich überprüft und falls erforderlich der geänderten Kostensituation angepasst werden.

Eine aktuelle Überprüfung hat ergeben, dass die entstandenen Kostensteigerungen mit der Gebühr aus 2022 nicht mehr gedeckt werden können. Die Kostensteigerungen begründen sich wie folgt:

Kostensteigerung im operativen Bereich des Rettungsdienstes

Die Kostensteigerungen im operativen Bereich des Rettungsdienstes sind im Wesentlichen durch allgemeine Steigerungen im Sachkostenbereich begründet.

So ist der Personalaufwand durch den Tarifabschluss sowie die Stufenaufstiege gestiegen. Ebenfalls kommt es zu einer Stellenmehrung aufgrund der einsatzbedingten Reduktion der zulässigen Bereitschaftszeiten.

Die Ausweitung des Telenotarzt-Systems, insbesondere die Ausstattung von weiteren Rettungswagen mit der Telenotarzt-Technik sowie Tarifsteigerungen bei den Notärzten führt weiterhin zu Mehraufwendungen.

Durch die gestiegenen Energiekosten und die Anmietung der neuen KTW-Wache in Hückelhoven erhöht sich der Gebäudeaufwand. Durch Fahrzeugbeschaffungen sowie die Kofferumsetzung, die früher Eigentum des Kreises waren, steigen ebenfalls die Aufwendungen für Zinsen und Abschreibungen.

Zur Deckung der im Jahr 2024 insgesamt anfallenden Kosten sind ab 01.01.2024 folgende Gebühren erforderlich:

	KTW	RTW	NEF	Notarzt	Gesamt
Zwischensumme	4.956.243 €	21.727.263 €	4.163.900 €	3.011.036 €	33.858.442 €
Defizitausgleich Vorjahre	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
auf Einsätze zu verteilen	4.956.243 €	21.727.263 €	4.163.900 €	3.011.036 €	33.858.442 €
prognostizierte Einsätze 2024	10.750	28.500	7.500	7.550	
Fehleinsätze ohne Gebühr	497	4.837	552	552	
anzusetzende Einsätze	10.253	23.663	6.948	6.998	
ermittelte Gebühr 2024 ab 01.01.2024	483 €	918 €	599 €	430 €	
Gebühr alt	336 €	851 €	527 €	499 €	
Abweichung	147 €	67 €	72 €	-69 €	
in %	43,9 %	7,9 %	13,7 %	- 13,8 %	

Nach § 14 Abs. 2 RettG NRW ist mit den Krankenkassen Einvernehmen anzustreben. Die Berechnungsgrundlagen wurden den Verbänden der Krankenkassen am 17.11.2023 zur Stellungnahme zugeleitet. Eine Rückäußerung der Verbände steht noch aus. Eine Erhöhung der Rettungsdienstgebühren kann jedoch auch bei fehlendem Einvernehmen vorgenommen werden.

Der Entwurf der neugefassten Gebührensatzung ist der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses beigefügt.

Beschlussvorschlag:

Die Neufassung der Gebührensatzung für den Rettungsdienst im Kreis Heinsberg wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 7:

Erweiterung des Berufskollegs Erkelenz

Beratungsfolge:	
04.12.2023	Schulausschuss
05.12.2023	Kreisausschuss
19.12.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich):		ja		
Teilplan:		030105 – Berufskolleg Erkelenz		
Umlageart:		Allgemeine Kreisumlage		
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
Erträge				
Aufwendungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026
Einzahlungen			0 €	0 €
Auszahlungen			-1.400.000 €	-1.400.000 €
Saldo	0 €	0 €	-1.400.000 €	-1.400.000 €

Leitbildrelevanz:	05.
--------------------------	-----

Inklusionsrelevanz:	ja
----------------------------	----

Am 15.08.2022 wurden die Ergebnisse der Schulentwicklungsplanung durch das Büro Dr. Garbe, Lexis & von Berlepsch präsentiert. Bezüglich des Berufskollegs Erkelenz kommt das Gutachten zu dem Schluss, dass diese Schule im Hinblick auf die Schülerzahl deutliche räumliche Defizite aufweist. Für den Fall, dass sich der Schulträger für eine Erweiterung des Berufskollegs Erkelenz entscheidet, enthält das Gutachten die Empfehlung, die Laufwege nicht zu erweitern und die Komplexität der Anlage nicht zu erhöhen, sondern im Gegenteil Übersichtlichkeit und Kompaktheit zu fördern. Dies würde mit sich bringen, dass jeder Gebäudeteil für sich einer baulichen Prüfung bzw. Wirtschaftlichkeitsuntersuchung unterzogen werden sollte.

Das Gutachterbüro weist in seinem Gutachten für diese Schule einen Fehlbestand von

- 14 Klassenräumen,
- 2 Differenzierungsräumen,
- 1 naturwissenschaftlichen Fachraum und
- 4 Büroräumen

aus. Aufgrund Platzmangels auf dem Schulgrundstück kommt eine Realisierung dieses Raumbedarfs in einem einzigen großen zusätzlichen Gebäude nicht in Betracht.

Vielmehr ist angedacht, zunächst einen (kleineren) Neubau eines zusätzlichen Klassentraktes mit 5 Klassenräumen sowie Nebenräumen auf bisher freier Grundstücksfläche Richtung Kre-

felder Straße oder auf der Parkplatzfläche Gebäude Schulring zu realisieren und perspektivisch in einem zweiten Schritt einen bestehenden Gebäudeteil, der den schlechtesten baulichen und energetischen Zustand dieser Schule aufweist, ebenfalls durch einen (kleineren) Neubau zu ersetzen. Der Standort für das Gebäude wäre auf dem Gelände Westpromenade an der Krefelder Straße bzw. auf dem Parkplatz Am Schulring. Diese Vorgehensweise ist zwischen Verwaltung und Schulleitung vorabgestimmt.

Ein derartiger, stufenweiser Ausbau des Berufskollegs Erkelenz würde zudem ermöglichen, einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung auf Grundlage der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Aus- und Weiterbildungszentren im Rheinischen Revier und Nördlichen Ruhrgebiet vom 21. April 2023 zu stellen. Vollumfänglich zuwendungsfähig nach dieser Richtlinie sind nur getätigte förderfähige Ausgaben, die die Begünstigten bis zum 31. Juli 2026 bei der Bezirksregierung Düsseldorf durch einen vollständigen Mittelabruf geltend machen. Die Umsetzung eines einzigen großen Neubaus ist innerhalb der vorstehenden Frist von vornherein nicht zu realisieren.

Hinsichtlich des im Kopf der Vorlage angegebenen Betrages wird darauf hingewiesen, dass es sich hierbei nur um eine sehr grobe Kostenschätzung zzgl. Einrichtungskosten und Herrichten des Baufeldes handelt, die nur der ersten groben Orientierung dienen kann. Die Kostenschätzung beinhaltet nur Klassen, keine Fachräume mit technischen Sonderanforderungen.

Beschlussvorschlag:

Der Schulträger Kreis Heinsberg wird beauftragt, die räumlichen Kapazitäten des Berufskollegs Erkelenz zunächst durch den Neubau eines zusätzlichen Klassentraktes mit 5 Klassenräumen sowie Nebenräumen auf dem Schulgrundstück zu erweitern.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 8:

Erweiterung der bestehenden CNC-Werkstatt am Berufskolleg Erkelenz sowie Anschaffung einer 5-Achs-CNC-Simultanfräsmaschine

Beratungsfolge:	
04.12.2023	Schulausschuss
05.12.2023	Kreisausschuss
19.12.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich):		ja		
Teilplan:		030105 – Berufskolleg Erkelenz		
Umlageart:		Allgemeine Kreisumlage		
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
<i>Erträge</i>				
<i>Aufwendungen</i>				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026
<i>Einzahlungen</i>		45.000 €	252.000 €	153.000 €
<i>Auszahlungen</i>		-50.000 €	-280.000 €	-170.000 €
Saldo	0 €	-5.000 €	-28.000 €	-17.000 €

Leitbildrelevanz:	05.
--------------------------	-----

Inklusionsrelevanz:	ja
----------------------------	----

Ziel der bereits unter TOP 1 der Sitzung des Schulausschusses genannten Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Aus- und Weiterbildungszentren im Rheinischen Revier und Nördlichen Ruhrgebiet vom 21. April 2023 ist die Förderung von bedarfsgerechten Investitionen in Ausstattung sowie Modernisierung und energetische Sanierung von Gebäuden der beruflichen Bildung einschließlich energieeffizienter Neu- und Ergänzungsbauten inklusive der investiven Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie, insbesondere zur Unterstützung regionaler Berufsbildungsstrategien, der Lernkooperation und des Wissenstransfers zwischen Wirtschaft, Wissenschaft/Forschung und Berufsbildungseinrichtungen.

Die geförderten Vorhaben sollen auch Beiträge zur Neuausrichtung der Einrichtungen der beruflichen Bildung an künftige Qualifizierungsbedarfe sowie zur Vernetzung, Lernortkooperation und Weiterentwicklung der beruflichen Bildung leisten.

Im Hinblick auf die Neuausrichtung der beruflichen Bildung an künftige Qualifizierungsbedarfe und die weitere Vernetzung und Lernortkooperation zwischen dem Berufskolleg Erkelenz und der Wirtschaft könnte das Bildungsangebot an dieser Schule mit Hilfe des Förderprogramms erweitert werden.

Die Anschaffung einer 5-Achs-Fräsmaschine verbunden mit einem Erweiterungsbau für die bestehende CNC-Werkstatt würde die Umsetzung modernster Fertigungstechnologien in den didaktischen Konzepten der unterschiedlichen Bildungsgänge des BKE ermöglichen.

Das Berufskolleg Erkelenz verfügt zurzeit über eine CNC-Werkstatt, in der u. a. an einer 3-Achs-Fräsmaschine (mit Siemens-Steuerung) und einer CNC-Drehmaschine (ebenfalls mit Siemens-Steuerung) in technischen Berufen ausgebildet wird. Neben der Siemenssteuerung kommen in den regionalen Unternehmen im Kreis Heinsberg aber auch Fräsmaschinen mit Heidenhain-Steuerung zum Einsatz. Dabei gilt die 5-Achs-Fräsmaschine mit aktueller Heidenhain-Steuerung TNC7 laut Schulleitung als richtungsweisend für eine zukünftige moderne CNC-Fertigungsstrategie. Das BK Erkelenz könnte seine schulischen Einrichtungen damit an den zukünftigen Qualifizierungsbedarfen der ansässigen Industrie orientieren, wodurch die regionale berufliche Bildungskompetenz und die Vernetzung mit dem beruflichen Umfeld im Kreis Heinsberg gestärkt würden.

Zur Unterbringung der vorgenannten 5-Achs-Fräsmaschine bedürfte es einer baulichen Erweiterung des bestehenden Werkstattgebäudes. Für den Anbau ist mit ungefähren Kosten in Höhe von 180.000 € zu rechnen; die Kosten für die 5-Achs-Fräsmaschine belaufen sich auf ca. 320.000 €.

Förderfähig nach der in Rede stehenden Förderrichtlinie sind nur Vorhaben mit förderfähigen Gesamtausgaben von mehr als 200.000 €. Die Zuwendung wird in Höhe von bis zu 90 Prozent der förderfähigen Gesamtausgaben gewährt. Ausweislich der nunmehr vorliegenden Antwort der Bezirksregierung Düsseldorf als Bewilligungsbehörde besteht die Möglichkeit, die beiden Maßnahmen Anschaffung und Erweiterung zusammen zu beantragen.

In der Sitzung des Kreisausschusses weist Landrat Pusch darauf hin, dass die vorstehenden Informationen bereits dem Schulausschuss in seiner Sitzung am 04.12.2023 anhand einer Tischvorlage vorlagen und der Fachausschuss dem Beschlussvorschlag einstimmig gefolgt ist.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Antrag nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Aus- und Weiterbildungszentren im Rheinischen Revier und Nördlichen Ruhrgebiet zur Anschaffung einer 5-Achs-Simultanfräsmaschine mit Heidenhain-Steuerung sowie zur hierzu erforderlichen baulichen Erweiterung der Werkstatt des Berufskollegs Erkelenz zu stellen. Der Eigenanteil wird – unter dem Vorbehalt der Bewilligung - übernommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 9:

Kommunale Pflegebedarfsplanung des Kreises Heinsberg 2023 - Örtliche Planung gem. § 7
Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)

Beratungsfolge:	
15.11.2023	Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Generationenfragen
05.12.2023	Kreisausschuss
19.12.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich):				
Teilplan:	0501 Grundversorgung und Leistungen nach SGB XII			
Umlageart:	Allgemeine Kreisumlage			
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
Erträge				
Aufwendungen				
Saldo	ja, können noch nicht konkretisiert werden			
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026
Einzahlungen				
Auszahlungen				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	1, 2, 3
--------------------------	---------

Inklusionsrelevanz:	ja
----------------------------	----

Die kommunale Pflegeplanung gemäß [§ 7 APG NRW](#) umfasst die Bestandsaufnahme der pflegerischen Versorgungsangebote, die Feststellung, ob qualitativ und quantitativ ausreichend Angebote zur Verfügung stehen und die Klärung der Frage, ob und gegebenenfalls welche Maßnahmen zur Herstellung, Sicherung oder Weiterentwicklung von Angeboten erforderlich sind.

Auf Basis des Kreistagsbeschlusses vom 18.11.2014 ist die Pflegeplanung im Kreis Heinsberg Grundlage für eine verbindliche Entscheidung über eine bedarfsabhängige Förderung zusätzlicher teil- oder vollstationärer Pflegeeinrichtungen. Das Segment Kurzzeitpflege wurde als Reaktion auf zwei erfolglose Bedarfsausschreibungsverfahren mit Kreistagsbeschluss vom 21.12.2017 aus dem Bedarfsbestätigungsvorbehalt herausgelöst. Die Pflegeplanung ist jährlich nach Beratung in der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege durch Beschluss der Vertretungskörperschaft festzustellen (verbindliche Bedarfsplanung) und öffentlich bekannt zu machen.

Dem Auftrag der jährlichen Fortschreibung wurde seitens der Verwaltung mit der der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Generationenfragen am 15.11.2023 als Anlage beigefügten Entwurfsfassung der Pflegeplanung für das Jahr 2023 nachgekommen. Die Planung berücksichtigt die demografischen Entwicklungen, vor deren

Hintergrund sie zu verstehen ist, sie weist auf Basis sozialraumdifferenzierter Analysen der Versorgungslage zielgerichtete Bedarfe aus und gibt Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung des Pflegesektors. Dabei folgt sie den Grundsätzen der Sozialraumorientierung und des Vorranges einer ambulanten Versorgung.

Im Sinne der Beteiligung aller Akteure wurde der v. g. Entwurf in der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege am 25. Oktober 2023 vorgestellt und beraten.

Beschlussvorschlag:

Die gemäß § 7 APG NRW aufgestellte Kommunale Pflegeplanung des Kreises Heinsberg 2023 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 10:

**Ausbau der Kindertagesbetreuung – Erweiterung der Kindertagesstätte „St. Georg“ in Wassenberg durch Aus-/Umbau des Jugendheimes
Beschlussfassung Zweigruppiger Erweiterungsumbau und Übernahme des Trägeranteils der Betriebskosten für zwei Gruppen**

Beratungsfolge:	
20.11.2023	Jugendhilfeausschuss
05.12.2023	Kreisausschuss
19.12.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich):				
Teilplan: 0602 - Tageseinrichtungen für Kinder				
Umlageart: Jugendamtsumlage				
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
<i>Erträge</i>				
<i>Aufwendungen</i>		18.108 €	43.461 €	
Saldo	0 €	- 18.108 €	- 43.461 €	0 €
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026
<i>Einzahlungen</i>				
<i>Auszahlungen</i>				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	1, 2
--------------------------	------

Inklusionsrelevanz:	ja
----------------------------	----

In seiner Sitzung vom 25.10.2022 hat der Jugendhilfeausschuss die Bemühungen der Verwaltung, zeitnah weitere Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen zur Verfügung zu stellen, begrüßt.

Für den Versorgungsraum Wassenberg ist mit Stichtag 26.09.2023 folgender derzeit nicht gedeckter Bedarf an Betreuungsplätzen auszuweisen:

- Ü 3 – 82 Plätze
- U 3 – 20 Plätze
- U 2 – 38 Plätze.

Damit fehlen 140 Plätze, die dem Grunde nach über einen gesetzlichen Anspruch auf der Grundlage des [§ 24 SGB VIII](#) verfügen.

Die dreigruppige Kindertageseinrichtung St. Georg in Wassenberg befindet sich im Eigentum der katholischen Kirchengemeinde St. Marien Wassenberg und in der Trägerschaft der pro

multis gGmbH. Die kath. Kirche stellt die Räumlichkeiten der pro multis gGmbH durch einen Nutzungsvertrag entgeltlos zur Verfügung.

Die Trägerin ist bereit, durch einen Aus-/Umbau des Jugendheims für zwei Gruppen ihr bestehendes Betreuungsangebot zu erweitern und damit 40 – 45 Plätze zu schaffen (Anlage 1 zu TOP 5 der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.11.2023).

Die kath. Kirchengemeinde hat sich bereit erklärt, das Jugendheim umzubauen und der pro multis gGmbH durch einen Nutzungsvertrag entgeltlos zur Verfügung zu stellen (Anlage 2 zu TOP 5 der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.11.2023). Die kath. Kirchengemeinde St. Marien beabsichtigt eine Fertigstellung im Zeitraum August - November 2024.

Eine Besichtigung des Jugendheims hat mit der kath. Kirche, der Trägerin, dem LVR und dem Kreisjugendamt stattgefunden. Sollte die Erweiterung politisch beschlossen werden, wird die kath. Kirchengemeinde einen Architekten mit der Planung beauftragen.

Die Trägerin und die kath. Kirchengemeinde beabsichtigen, den zweigruppigen Aus-/Umbau und die Ausstattungsmaßnahme durch Landesmittel zu finanzieren. Der zehnpromzentige Trägeranteil zu den Investitionskosten wird von der Trägerin und der kath. Kirche übernommen.

In ihrer Interessensbekundung beantragt die Trägerin die Übernahme der Trägeranteile der Betriebskosten für den zweigruppigen Anbau.

Die Finanzierung der Kindertagesstätten nach dem KiBiz setzt sich aus einem Landesanteil, einem Jugendamtsanteil und einem Trägeranteil zusammen. Der Finanzierungsanteil des Trägers beträgt gem. [§ 36 Abs. 2 KiBiz](#) bei kirchlicher Trägerschaft 10,3 %.

Der Kreis als öffentlicher Träger der Jugendhilfe ist auf eine funktionierende und kooperative Trägerlandschaft angewiesen. Die Rahmenbedingungen zum Betrieb einer Kindertagesstätte sind schwierig und den Trägern ist es regelmäßig nicht möglich, die Trägeranteile aus eigenen Mitteln aufzubringen.

Zum Hintergrund wird hier mitgeteilt, dass mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 11.12.2017 der Kreis Heinsberg erstmalig bei neuen Bauprojekten ab Inbetriebnahme die Trägeranteile an den Betriebskosten übernommen hat.

Da es der Trägerin nicht möglich ist, die Trägeranteile zu den Betriebskosten aus eigenen Mitteln aufzubringen, beantragt die Trägerin die Übernahme der Trägeranteile zu den Betriebskosten für die neuen Gruppen durch den Kreis (Anlage 1 zu TOP 5 der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.11.2023).

Da die Höhe der Betriebskosten bisher nur für das laufende Kindergartenjahr feststehen, wurden diese für die Berechnung zugrunde gelegt.

Demnach beträgt der Trägeranteil für eine Gruppe in Gruppenform III und eine Gruppe in Gruppenform I für ein Kindergartenjahr 43.461,20 €.

Entsprechende Mittel stehen für das Haushaltsjahr 2024 vorbehaltlich der Genehmigung durch den Kreistag zur Verfügung.

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 20.11.2023 vorbehaltlich der bauordnungsrechtlichen Genehmigung, der Betriebserlaubniserteilung des LVR, der Zustimmung des bi-

schöflichen Generalvikariats sowie der positiven Bescheidung des Investitionszuwendungsantrages beim LVR den zweigruppigen Erweiterungsumbau des Jugendheims durch die kath. Kirche und die promultis gmbH der Kindertageseinrichtung St. Georg in Wassenberg im Rahmen der Jugendhilfeplanung beschlossen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Heinsberg übernimmt die Trägeranteile der Betriebskosten für die neuen Gruppen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 11:

Innovationsprojekt der Volkshochschule des Kreises Heinsberg "Grundbildung im Sozialraum"

Beratungsfolge:	
05.12.2023	Kreisausschuss
19.12.2023	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen (voraussichtlich):				
Teilplan:	0402 - Volkshochschule			
Umlageart:	Allgemeine Kreisumlage			
Teilergebnisplan	2023	2024	2025	2026
<i>Erträge</i>		40.000 €		
<i>Aufwendungen</i>		50.000 €		
Saldo	0 €	- 10.000 €	0 €	0 €
Teilfinanzplan B (inv.)	2023	2024	2025	2026
<i>Einzahlungen</i>				
<i>Auszahlungen</i>				
Saldo	0 €	0 €	0 €	0 €

Leitbildrelevanz:	05.
--------------------------	-----

Inklusionsrelevanz:	ja
----------------------------	----

Das für Weiterbildung zuständige Ministerium fördert auf Grundlage von [§ 19 WbG](#) mit dem Innovationsfonds Projekte der gemeinwohlorientierten Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen (NRW), die zum Aufbau eines Systems des lebensbegleitenden Lernens beitragen und möglichst einrichtungs- und trägerübergreifend angelegt sind.

Das Bewerbungsverfahren ist zweistufig: Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen und nach dem Weiterbildungsgesetz (WbG NRW) anerkannte Einrichtungen in anderer Trägerschaft reichen zunächst eine Interessensbekundung mit der Beschreibung ihrer Projektidee, den Zielen, Kooperationspartnern, Produkten sowie einen Meilensteinplan ein.

Auf Grundlage eines Fachvotums diskutiert und bewertet die Jury, ab dem Förderaufruf 2023 bestehend aus dem Landesweiterbildungsbeirat, die Bewerbungen und wählt die aus ihrer Sicht aussichtsreichsten Projekte aus. Dann werden die erfolgreichen Einrichtungen benachrichtigt und aufgerufen, einen formalen Förderantrag (Stufe 2) bei der jeweils zuständigen Bezirksregierung zu stellen. Die Bewilligung erfolgt als Anteilsfinanzierung in Höhe von bis zu 80 %, maximal aber 50.000 Euro pro Projekt, der als zuwendungsfähig anerkannten Gesamtausgaben.

Die Ergebnisse und Erfahrungen der Innovationsprojekte werden nach Abschluss dokumentiert, evaluiert und in die Breite der Weiterbildungslandschaft transferiert, damit auch andere Weiterbildungseinrichtungen dadurch Impulse für ihre Arbeit erhalten.

Die Mittel aus dem Innovationsfonds ermöglichen damit ein Jahr lang das Erproben neuer Herangehensweisen und die Etablierung von Strukturen.

Die Zahl der Interessenbekundungen übersteigen regelmäßig bei Weitem die zur Verfügung stehenden Mittel.

Die Volkshochschule hat für 2024 erstmals eine Interessensbekundung zum Thema „Grundbildung im Sozialraum“ in Kooperation mit dem Diakonischen Werk des Kirchenkreises Jülich eingereicht. Ziel des Projekts, welches im Zeitraum 01.01.2024 bis 31.12.2024 durchgeführt werden soll, ist die Implementierung von Weiterbildung in zwei Quartieren in Heinsberg und Gangelt. Durch aufsuchende Bildungsarbeit sollen bildungsferne Schichten an eine bedarfsgerechte Weiterbildung herangeführt und in einem zweiten Schritt Ehrenamtler/innen, die in den Quartieren wohnen, geschult und begleitet werden, um die Bildungsarbeit vor Ort weiterzuführen und Interessierte in Angebote der Volkshochschule zu vermitteln. Dieses stärkt die Stadtgesellschaft und dient den globalen Nachhaltigkeitszielen „Weniger Ungleichheiten“ und „Hochwertige Bildung“. Einzelheiten können der zur Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses anliegenden Projektskizze entnommen werden.

Im Falle einer erfolgreichen Durchführung soll das Projekt anschließend in weiteren Quartieren im Kreis Heinsberg umgesetzt werden.

Erfreulicherweise ist die Projektidee der Volkshochschule im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens so positiv bewertet worden, dass die Volkshochschule aufgefordert wurde, einen Förderantrag bei der Bezirksregierung Köln zu stellen, was fristwahrend geschehen ist.

Mit einer Entscheidung über den Förderantrag und damit einer Bewilligung der Mittel ist nach Aussage der Bezirksregierung erst im Februar 2024 zu rechnen.

Um das Projekt innerhalb des Durchführungszeitraums zum Abschluss bringen zu können, wurde vorsorglich ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn bei der Bezirksregierung beantragt.

Von den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben in Höhe von 50.000 Euro wurden 40.000 Euro (80 %) Landesmittel beantragt. Der Eigenanteil (20 %) beläuft sich auf 10.000 Euro.

Die finanziellen Mittel des Eigenanteils sollen durch entsprechende Freistellung der vorhandenen Beschäftigten in das Projekt eingebracht werden und stehen unter dem Abrechnungsobjekt 04020100 – Anton-Heinen VHS im Sachkonto 5012000000 – Dienstaufwendungen für tariflich Beschäftigte im Haushalt zur Verfügung.

Einzelheiten können dem der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses anliegenden Zeitplan mit den „Meilensteinen“ entnommen werden.

In der Sitzung des Kreisausschusses erklärt die CDU-Fraktion, dass sie das angedachte Projekt für eine gute Sache halte. Mit Rücksicht auf die finanzielle Belastung der kreisangehörigen Kommunen werde man der Maßnahme aus Kostengründen jedoch nicht zustimmen.

Dezernentin Dr. Maurer bestätigt auf Nachfrage der FDP-Fraktion, dass für die Durchführung des Projektes kein neues Personal eingestellt würde. Der im Rahmen der Förderung zu erbrin-

gende Eigenanteil würde durch den Einsatz von Bestandpersonal zur Projektrealisierung erfolgen.

Die Fraktionen von FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN äußern Unverständnis für die ablehnende Haltung der CDU-Fraktion, da sie das Projekt als sinnvoll erachten sowie einen möglicherweise langfristigen Nutzen hierin sehen und erklären, dass man beim Thema Bildung nicht sparen sollte.

Nach einer ausführlicheren Diskussion im Kreisausschuss, bei der auch Einsparmöglichkeiten an anderer Stelle thematisiert werden, lässt Landrat Pusch über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Durchführung des Projektes „Grundbildung im Sozialraum“ durch die Volkshochschule des Kreises Heinsberg und der Übernahme des Eigenanteils in Höhe von 20 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben in Höhe von 10.000 Euro vorbehaltlich einer Förderung durch das Land wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 7 Nein 8 Enthaltung 1 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 12:

Bericht der Verwaltung

Landrat Pusch berichtet hierzu wie folgt:

„Systemische Schulbegleitung

Bekanntlich wurde auf Beschluss des Kreistages vom 13.09.2022 beim Amt für Schule, Kultur und Sport eine Koordinierungsstelle zur systemischen Schulbegleitung für den Kreis Heinsberg eingerichtet unter anderem hinsichtlich einer zweckentsprechenden Verwendung der vom Land gewährten Inklusionspauschale.

Da der Kreis Heinsberg die Inklusionspauschale in seiner Funktion als Jugendhilfe- und Sozialhilfeträger erhält, ist eine Einführung der systemischen Schulassistenz und damit einhergehend die Organisation desselben einschließlich der Personalbeschaffung nur im Einvernehmen mit den Kommunen möglich.

Mit Blick darauf, dass der Kreis Heinsberg selbst nicht Träger von Schulen des Gemeinsamen Lernens ist, ist eine zweckentsprechende Verwendung der Inklusionspauschale beschränkt auf entsprechende Schulen in Trägerschaft der Städte und Gemeinden.

Wie in der Fraktionsvorsitzendenrunde am 07.06.2023 berichtet, konnten die gemäß Kreistagsbeschluss vorgesehenen Stellen mit einem Umfang von 0,5 und 0,2 VZÄ erst im März bzw. August dieses Jahres besetzt werden.

Während im Rahmen der Konzeptionierung zeitweise ein Start des Projektes an sieben Schulen im Kreisjugendamtsbezirk und der Einsatz sozialversicherungspflichtig Beschäftigter des Kreises als systemseitige Integrationshilfen angedacht waren, wurde der Konzeptentwurf nach intensivem Austausch mit anderen Kreisen und Städten zu dort durchgeführten Modellen der infrastrukturellen Schulbegleitung sowie den dortigen Erfahrungen in Abstimmung mit der Fachberatung Inklusion überarbeitet.

Da besonders zu Beginn der Schullaufbahn eine Umstellung auf systematische Lernprozesse stattfindet, die die Kinder vor neue emotionale und soziale Anforderungen stellt und die mit der Unterstützung von Schulassistenzen besser bewältigt werden können, soll das Modell zunächst ausschließlich an Grundschulen erprobt werden.

Im Einvernehmen mit der Unteren Schulaufsicht und in Abstimmung mit dem Jugendamt und dem Amt für Soziales erschienen schlussendlich drei Schulen als geeignete Modellschulen. Maßgebliche Parameter im Rahmen des Auswahlprozesses waren insbesondere die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf und der an einer Schule bereits vorhandenen Integrationshelferinnen und -helfer sowie die Relation der Schüler/innen je Integrationshelfer/in. Aufgrund vorgenannter Kriterien wurden folgende Schulen für den Projektstart ausgewählt:

GGs Frelenberg, Übach-Palenberg
Erich Kästner Schule, Wegberg/Merbeck

GGs Am Burgberg, Wassenberg

Sowohl die vorgenannten drei Schulen als auch die jeweiligen Schulträger haben ihre Zustimmung zu der Auswahl als Modellschule für die systemische Schulbegleitung erklärt.

Inwiefern weitere Schulen in Trägerschaft der Städte und Gemeinden zu einem späteren Zeitpunkt bei einer möglichen Ausweitung des Projektes in Betracht kommen, ist derzeit nicht absehbar.

Ein über die Inklusionspauschale des Landes hinausgehender Einsatz freiwilliger finanzieller Mittel des Kreises ist zurzeit nicht vorgesehen. Der Vollständigkeit halber ist darauf hinzuweisen, dass individuelle Ansprüche im Rahmen der Eingliederungshilfe nach dem SGB VIII und SGB IX vom Modellprojekt unberührt bleiben. Soweit die Förderbedarfe einzelner Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Modellprojektes jedoch bereits durch die systemischen Schulassistenzen abgedeckt werden können und in der Folge keine individuellen Schulbegleitungen beim Jugendamt oder Amt für Soziales beantragt werden, kommt den kreisangehörigen Kommunen diese Nicht-Steigerung der Kosten im Rahmen der Eingliederungshilfe nach dem SGB VIII oder SGB IX durch die differenzierte Jugendamtsumlage bzw. Kreisumlage anteilig zugute.

Insbesondere um auf die Expertise der freien Träger auf dem Gebiet der Schulbegleitung zurückgreifen zu können und um dem Kreis größtmögliche Flexibilität bei der Erfüllung der Bedarfe zu bewahren, wird seitens der Koordinierungsstelle aktuell ein Ausschreibungsverfahren in Abstimmung mit der Zentralen Vergabestelle zur Beauftragung freier Träger mit der Leistungserbringung vorbereitet.

Es wird davon ausgegangen, dass mit der Umsetzung des Projektes an den ausgewählten Schulen zum Beginn des Schuljahres 2024/25 begonnen werden kann.

Vorbereitung des Erlasses einer Katzenschutzverordnung

In der Kreisausschusssitzung am 05.09.2023 und der Kreistagssitzung am 19.09.2023 habe ich darüber informiert, dass eine Katzenschutzverordnung eingeführt werden soll und bei der Erarbeitung dieser Verordnung die Vereine, die mit der Kastration von Katzen befasst sind, zu einem Austausch eingeladen werden sollen.

Dieser angekündigte Austausch hat am 29.11.2023 unter meiner Leitung mit den Vertreterinnen/Vertretern von acht eingeladenen Tierschutzvereinen stattgefunden. An dem Gesprächskreis nahmen auch Vertreterinnen/Vertreter von zwei gemeindlichen Ordnungsämtern, die über den Termin informiert worden sind und denen das Angebot zur Teilnahme gemacht wurde, teil. Für den Veterinärämterbereich der Kreisverwaltung waren Dezernent Lind, Amtsleiter Dr. Ahlborn und weitere Verwaltungsmitarbeiter vertreten.

Die Vertreterinnen/Vertreter der Tierschutzvereine berichteten eindrucksvoll von ihren teils mehrjährigen Tätigkeiten und Bemühungen zum Schutz der freilebenden Katzen im Kreis Heinsberg, den praktischen und finanziellen Herausforderungen und den Schwierigkeiten, Hindernissen und neben den zu verzeichnenden Erfolgen auch von teils vergeblichen Mühen und Anstrengungen, das Leben von schwer erkrankten und leidenden Katzen und Kitten zu retten.

Nach einer vertiefenden Auseinandersetzung mit den rechtlichen Rahmenbedingungen und Gegebenheiten stellte die Verwaltung die für machbar gehaltenen Regelungen im Rahmen ei-

ner Katzenschutzverordnung zur Ergänzung des Engagements der ehrenamtlichen Maßnahmen der Vereine und sonstigen Privatpersonen dar. Dabei wurde verdeutlicht, dass durch den Erlass einer Katzenschutzverordnung auf Kreisebene auf der Grundlage des Tierschutzgesetzes der Fokus der Regelungen auf die Halterinnen und Halter als Adressaten von Geboten und Verboten liegt.

Durch die Rechtsverordnung können demnach die Katzenhalter/innen verpflichtet werden, ihre Katzen mit einem unkontrollierten Auslauf, sog. Freigängerkatzen, zu kennzeichnen und zu registrieren, sodass die Halterdaten festgestellt werden können. Ein unkontrollierter freier Auslauf fortpflanzungsfähiger Katzen kann verboten werden bzw. es wird bei dieser Haltungsförm mit Auslauf ein Kastrationsgebot festgelegt. Die Katzenhalter/innen sind im Übrigen dem Kreis und den Städten/Gemeinden gegenüber zu Auskünften über ihre Katzen und zur Duldung von Grundstücksbetretungsrechten der Behörden verpflichtet. Bei Verstößen gegen die Katzenschutzverordnung können empfindliche Bußgelder verhängt werden. Die Städte und Gemeinden bleiben bei freilebenden Katzen als zuständige Fundbehörden und darüber hinaus auch als allgemeine Ordnungsbehörden weiterhin für freilebende Katzen zuständig und können im Bedarfsfall nach § 27 Ordnungsbehördengesetz NRW ebenfalls Katzenkastrationsverordnungen mit eigener Zielsetzung erlassen.

Im Ergebnis konnte festgehalten werden, dass durch eine Katzenschutzverordnung die bereits laufenden Bemühungen der Katzenfreundinnen/-freunde zur Dezimierung der Anzahl von freilebenden Katzen ergänzt werden können. So wird die Fortpflanzungskette von freilebenden unkastrierten Katzen durch weitere bislang noch unkastrierte Freigängerkatzen aus Privathaltungen unterbrochen bzw. nicht weiter befeuert und bei einer Befolgung des Kastrationsgebotes werden durch entlaufene bzw. später ausgesetzte Katzen keine neuen Populationen angelegt. Außerdem wird das Risiko bei Haltern von weiblichen bislang noch unkastrierten Katzen, unerwünschte Kitten als Nachkommen ihrer Katze zu erhalten, ausgeschlossen. Entlaufene oder gar ausgesetzte Katzen können nach einer Kennzeichnung mit Registrierung schnell zugeordnet und den Haltern ohne längere Verweilzeiten in Tierheimen wieder zugeführt werden. Die Vereinsvertretungen wurden ergänzend über die bestehenden Möglichkeiten und Modalitäten einer Landesförderung für Kastrationsmaßnahmen informiert.

Die Gesprächsteilnehmer/innen unterstrichen die Bedeutung von Informationskampagnen und besonderen Schwerpunktaktionen mit Kennzeichnungs-/Registrierungsmöglichkeiten gekoppelt mit Katzenkastrationen. Das Problembewusstsein der privaten Katzenhalter/innen sowie auch der breiten Öffentlichkeit für das Leiden der freilebenden, aber oftmals kaum wahrnehmbaren Katzen müsse dringend auf diesen und ähnlichen Wegen entwickelt und geschärft werden. Es könne auch überlegt werden, ggfs. an den Schulen geeignete pädagogische Projekte in die Bildungsarbeit einzubauen.

Die Verwaltung wird nunmehr den Entwurf einer Katzenschutzverordnung für den Kreis Heinsberg erarbeiten und es ist vorgesehen, kurz vor Beginn der politischen Beratungen im Februar 2024 den Gesprächskreis zu einem zweiten Austauschtreffen einzuladen, um letzte konkretere Abklärungen und Abstimmungen herbeizuführen.“

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 13:

Anfragen

Hierzu liegt nichts vor.